



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Paul Wengert, Franz Schindler, Klaus Adelt, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Harry Scheuenstuhl, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Polizeieinsatz am 14.03.2018 in der Erstaufnahmeeinrichtung in Donauwörth

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über Anlass und Ablauf des Polizeieinsatzes am Nachmittag des 14.03.2018 in der Erstaufnahmeeinrichtung in Donauwörth zu berichten.

Begründung:

Am Nachmittag des 14.03.2018 kam es in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Donauwörth zu einem Polizeieinsatz gegen Flüchtlinge, nachdem in den frühen Morgenstunden des 14.03.2018 ca. 50 Flüchtlinge gegen die Abholung eines Flüchtlings gambischer Herkunft zur Abschiebung protestiert und die sofortige Beendigung gefordert haben. Die Polizisten hätten an alle Zimmertüren geklopft, nachdem sie den Mann in seinem Zimmer nicht angetroffen hätten. Um ca. 14.00 Uhr sei dann die Polizei mit einem Großaufgebot an Polizeikräften des Polizeipräsidiums Schwaben Nord, der Bereitschaftspolizei und örtlichen Polizeikräften angerückt, um die sog. Rädelsführer der Aktion vom frühen Morgen und weitere Straftäter zu ermitteln. Der Polizei habe eine Liste von Namen von Flüchtlingen vorgelegen.

Die Beamten sollen Pistolen, Fesseln, Diensthunde, Dienstpferde, Reiz- und Betäubungsmittel sowie Schlagstöcke mitgeführt haben. Sie sollen die Zimmer und den Haupteingang der Einrichtung verriegelt sowie die Gänge blockiert haben, während dessen sie die Personalien der Flüchtlinge feststellten. Sie sollen Reiz- und Betäubungsmittel versprüht haben, worauf einige Flüchtlinge in Ohnmacht gefallen seien, andere hätten Scheiben der verriegelten Fenster eingeschlagen und seien aus den Fenstern gesprungen.

Es soll 32 Festnahmen gegeben haben. 30 der Festgenommenen, die aus Gambia stammen und im Alter zwischen 17 und 33 Jahren sein sollen, seien dem Ermittlungsrichter vorgeführt worden.

Polizei und Staatsanwaltschaft rechtfertigen den Polizeieinsatz damit, dass man weitere Eskalation und Gewaltanwendung in der Flüchtlingsunterkunft verhindern wollen.

Mittlerweile haben sich auch Studierende der Katholischen Stiftungshochschule München an die Abgeordneten gewandt und um Aufklärung gebeten.